

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenszelle oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. In diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

# Laibacher Zeitung.

## Amtlicher Theil.

**S.** K. K. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 30. September d. J. den galizischen Kreis-Kommissär erster Klasse, Ferdinand Plusch, zum Kreis-Hauptmann in Rzeszow allergnädigst zu ernennen geruht.

Das Justizministerium hat die bei dem Kreisgerichte Teschen erledigte Hilfsämter-Direktorsstelle dem Hilfsämter-Direktionsadjunkten des Brünnener Landesgerichtes, Friedrich Schneider, verliehen.

Der Minister für Handel und Volkswirtschaft hat den Postamts-Verwalter in Bregenz, Ignaz Grimm, zum Postamts-Verwalter in Feldkirch ernannt.

Das Ministerium für Handel und Volkswirtschaft hat den Telegraphen-Kommissär Franz Pischl in Zara nach Wien, den Telegraphen-Kommissär Wenzel von Adlerstein in Temesvar nach Prag, und den Telegraphen-Kommissär Alois Striegl in Ugram nach Pest; ferner den Telegraphenamts-Verwalter Ignaz Hofbauer in Ugram nach Marburg, und den Telegraphenamts-Verwalter Gottfried Drimann in Zara nach Reichenberg, alle in ihrer dermaligen Eigenschaft und auf ihr eigenes Ansuchen versetzt, endlich den Obertelegraphisten Alois Kundratizki in Suczawa zum Telegraphenamtsverwalter in Semlin, den Obertelegraphisten Karl Zypold in Fiume zum Kontrolor bei der Telegraphenstation in Pest und den Obertelegraphisten Alois Herzog in Triest zum Kontrolor bei der Telegraphenstation daselbst ernannt.

Der Minister für Handel und Volkswirtschaft hat den Postoffizial erster Klasse, Maximilian Recha, zum Postamts-Kontrolor in Kaschau ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 11. Oktober.

Das neueste, für Oesterreich bedeutendste politische Ereigniß ist die vom siebenbürgischen Landtage vollzogene Reichsrathswahl. Es ist dieß ein Ereigniß von hoher Wichtigkeit für die Ausbildung und Befestigung der Februar-Verfassung. Die sechsundzwanzig Abgeordneten, welche im Laufe der künftigen Woche ihre Plätze im Abgeordnetenhaus einnehmen werden, repräsentiren nicht bloß ein Land mehr im Kreise des „engern“ Reichsrathes, sie repräsentiren den Sieg der Prinzipien der Februar-Verfassung in einem der wichtigsten Reichstheile, die bisher gegen die Idee des Gesamtstaates in schroffer Opposition standen; der Reichsrath wird nun rechtlich zum „weiteren.“ Es ist der positive Staatsgedanke, der den Sieg über die Theorien eines zweifelhaften, jedenfalls aber sehr einseitigen historischen Rechtsanspruches feiert. In einem von drei Volksstämmen bewohnten Lande sprechen sich zwei derselben für den Anschluß an das Gesamtreich aus in allen jenen legislatorischen Angelegenheiten, welche von allen Theilen desselben gemeinam behandelt werden müssen, wenn Oesterreich — von seiner äußern Machthaltigkeit abgesehen — im Innern jene Kraft erschwingen soll, die eine erhöhte Fortentwicklung aller Länder, welche daesclae bilden, ermöglicht.

Der dritte Volksstamm in Siebenbürgen kehrt uns schmolend noch den Rücken. Aber er kann sich auf die Länge nicht der Erkenntniß verschließen, daß

er isolirt sei, isolirt im eigenen Lande, wenn auch die Stammesgenossen jenseits des Karalysago ihm die Bruderhand dafür schütteln. Aber der Erfolg des heutigen Tages ist ein Fingerzeig mehr, daß wir die Geduld nicht verlieren dürfen und daß nach und nach die gesunde Vernunft auch in anderen Reichstheilen sich geltend machen wird. Zunächst ist dieß wohl von Kroatien zu erwarten.

## Eine neue Staatsanleihe.

Die „Europe“ veröffentlicht einen Artikel, betitelt: Eine Staatsanleihe.

Nach einer Einleitung, in welcher die „Europe“ kurz die Theorie der Staatsanleihen erörtert, sagt sie: Oesterreich ist im Begriffe, eine Anleihe zu kontrahiren. Der Finanzminister v. Plener, eines der ehrenwerthesten Werkzeuge der Regeneration der habsburg'schen Monarchie, hat hiezu den Plan gefaßt, unter dem dreifachen Einflusse der innersten und durchdachten Ueberzeugung der erprobten Vortrefflichkeit seines Finanzsystems, der unwiderlegbaren Zweckmäßigkeit einer Anleihe und schließlich der vielfachen Nützlichkeit der Verwendung der Fonds dieser Anleihe. Die „Europe“ behauptet, daß die Gesamtsumme einer solchen Anleihe mindestens für jetzt auf 100 Millionen Gulden bestimmt sei; sie behauptet auch, daß diese wichtige Finanzoperation, wenn sie stattfinden soll, dieses Jahr stattfinden werde.

Nachdem Herr v. Plener dem Parlament die Steuerreformen nun unterbreitet hat, wird er von dem erleuchteten Patriotismus der österreichischen Vertreter die Ermächtigung zur Kontrahirung der Anleihe verlangen. Dieß wird ungesäumt stattfinden.

Indem die „Europe“ noch andere Fragen, welche diese eventuelle Finanzoperation betreffen, beantwortet, gibt sie ein Exposé der Finanzlage der österreichischen Monarchie. Sie sagt, daß man mit dem größten Vergnügen wahrnehme, daß das durch das parlamentarische und liberale Regime regenerirte Oesterreich sich von der ungeheuren Last erleichtert finde, unter welcher es sich zerbröckeln fühlte. Die Staatsschuld — sagt die „Europe“ — ist allerdings auf eine respektable Ziffer gebracht; aber man wird leicht zugeben, daß diese Schuld ziemlich unter jener solcher europäischen Mächte steht, welche den ersten Platz einnehmen und die erste Rolle in der Zivilisation und der Industrie der ganzen Welt spielen. Andererseits — sagt die „Europe“ — hat das Budgetdefizit von 33,539,846 fl. nichts, was Besorgniß erregend wäre; selbst in den Augen der Aengstlichsten. Wenn eine Monarchie, wie Oesterreich, so entschlossen den Weg des materiellen und moralischen Fortschrittes betritt, ohne daß der Uebergang von dem alten Stand der Dinge zum neuen größere Opfer kostet, so muß man glauben, daß die finanziellen Hilfsquellen Oesterreichs sich mindestens parallel mit den Erfordernissen seiner neuen Situation und zum Vortheile seiner neuen Geschicke entwickeln werden. Die „Europe“ glaubt, daß die Anleihe von 100 Millionen wahrscheinlich im Wege einer Subskription des europäischen Publikums erfolgen werde, und billigt die Verwendung, welche Herr v. Plener von dem Gelde dieser Anleihe zu machen gedenkt.

Die „Europe“ bezeichnet in nachfolgender Weise die Bestimmung dieser Anleihe:

33 1/2 Millionen Gulden sind notwendig zur Deckung des Budgetdefizits, welches Herr v. Plener durch eine Anleihe decken zu müssen, schon seit lange angekündigt hat.

30 Millionen für Ungarn, um Steuerrückstände zu decken, und in kürzester Zeit den dort vom Unglücke Betroffenen Darlehen zu geben, ja einigen unter sogar unverzinsliche Darlehen zum Ankauf von Samen, Werkzeugen und Vieh.

Es gehört — sagt die „Europe“ — zu den Pflichten wie zu den Rechten einer liberalen und gewissenhaften Regierung, den Ungarn in ihrer Nothlage die Hand zu reichen, und dieß mit um so mehr Herzlichkeit, als der Moment für die Zentralgewalt ein feierlicher ist, um bittere Irrthümer zu vergessen! Die Regierung des Kaisers Franz Joseph kann keine politischen Hintergedanken haben, in dem Augenblicke, wo sie Ungarn Hilfe spendet; wohl aber ist gestattet, zu glauben, daß das ritterliche ungarische Volk weniger denn je daran denken wird, eine Hand zurückzustößen, welche nur dazu sich öffnet, um ihm Wohlthaten zuzuwenden.

Herr v. Plener gedenkt auch von der Summe der projektierten Anleihe 12 Millionen dazu zu verwenden, um die Zehnkreuzermünzscheine aus der Zirkulation zu ziehen. Es erübrigt dann noch eine Summe von 24 1/2 Mill. Gulden, welche Herr v. Plener verwenden will, um die auf die Salinen hypothetirte schwebende Schuld, welche gegenwärtig 100 Mill. beträgt, um 15 bis 20 Mill. zu verringern.

Die „Europe“ schließt ihren Artikel mit folgenden Worten: Die mächtigsten Garantien der Wohlfahrt für die Monarchie der Habsburger bestehen vor allem in den so freimüthig bekannten weisen und liberalen Doktrinen der Regierung des Kaisers Franz Joseph. In der inneren und auswärtigen Politik scheinen die Minister des Kaisers wunderbar durchdrungen von der Wahrheit, daß Oesterreich Dasjenige, was es besitzt, nur unter der Bedingung erhalten kann, daß es Das erwirbt, was ihm fehlt. Man könnte demnach, indem man ein altes französisches Sprichwort verändert, bezüglich der vom Herrn v. Plener projektierten Anleihe von 100 Mill. und der von ihm beabsichtigten Verwendung derselben sagen, daß „derjenige, welcher ausleiht, sich bereichert.“

## 22. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 9. Oktober.

Auf der Ministerbank: Schmerling, Vasser, Burger, Hein, später Mesery.

Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung und Mittheilung der Einläufe wird eine Zuschrift des Ministeriums des Aeußern vorgelesen, mit welcher dasselbe den am 16. Juli 1863 zu Brüssel zwischen der österreichischen und belgischen Regierung abgeschlossenen Vertrag über die Ablösung des Scheldezolles, welcher von beiden Regierungen bereits ratifizirt wurde, zur verfassungsmäßigen Behandlung vorlegt.

Es wird zur Tagesordnung, nämlich zur zweiten Lesung des Heimatgesetzes geschritten.

Vertretteratter Dr. Berger: Er entwickelt die Geschichte und die Prinzipien der Heimatgesetze in Deutschland und kommt zu dem Schlusse, daß es in Oesterreich eine Nothwendigkeit ist, die große Anzahl der bisher großentheils nur für einzelne Provinzen oder nur mit Rücksicht auf besondere Berufe oder Klassen erlassenen gesetzlichen Bestimmungen durch ein allgemeines, auf klare und feste Grundsätze gebautes Finanzgesetz zu ersetzen. Dasselbe bilde übrigens die nothwendige Ergänzung der von den Landesvertretungen beschlossenen Gemeindeordnungen, deren Allerhöchster Sanction wohl in nächster Zeit entgegenzusehen werden dürfe. — Für den Ausschuß seien folgende Grundsätze für das Heimatrechtgesetz leitend gewesen: 1. Nur Staatsbürger können das Heimatrecht in einer Gemeinde erwerben. 2. Jeder Staatsbürger soll in einer Gemeinde heimatberechtigt sein. 3. Kein Staatsbürger kann in mehr als einer Gemeinde heimatberechtigt sein. 4. Das Heimatrecht in einer Gemeinde gewährt das Recht des ungestörten Aufenthaltes in derselben und den Anspruch auf Armenversorgung im Falle der Verarmung. — Reduc

erklärt, der Ausschuss habe sich mit der Regierung im Wesentlichen im Einklange befunden, erwähnt dann der an der Regierungsvorlage vom Ausschuss vorgenommenen Veränderungen und erklärt, die Detaillirung der Gründe der Spezialdebatte vorzubehalten.

Für die Generaldebatte ist nur ein Redner und zwar gegen den Ausschussbericht eingeschrieben: Kaiserfeld.

**Kaiserfeld:** Es handle sich bei diesem Gesetze um eine soziale Frage. Die Konsequenzen derselben seien Ausweisung des nicht heimatberechtigten Armen einerseits, andererseits die Versorgung von Individuen, welche in der Gemeinde längst fremd geworden. Es sei dies eine Frage, an der in England mehr als 200 Jahre vergeblich gearbeitet werde. Diese Art von Heimatberechtigung siehe der Freizügigkeit der Arbeiterklasse im Wege und gerade für diese müsse im Heimatgesetze gesorgt werden. — Eine Gemeinde sei notwendig, aber vorzüglich als Grundlage der Armenpflege und auf Prinzip der Freizügigkeit basirt. Redner weist nach, daß die Gemeindegesetze in anderen Staaten, namentlich in England, Belgien und Preußen auf dieses Prinzip gebaut sind. Wenn er freie Wahl hätte, würde er sich für die einfachen Prinzipien der belgischen Heimatgesetze entscheiden, aber die Wahl siehe nicht mehr frei, man sei durch die Gemeindeordnung, deren Sanktion Redner voraussetzt, gebunden. Jeder müsse das Recht haben, sich niederzulassen, wo er will, er dürfe nicht frivol ausgewiesen werden und es müßte die Erlangung des Heimatrechtes für ihn nicht erschwert, sondern erleichtert werden, auch müßte er dann das Recht auf Versorgung im Falle der Verarmung haben. Der Art. I des vorliegenden Gesetzes sagt, das Heimatrecht in einer Gemeinde gewähre das Recht des ungestörten Aufenthaltes und den Anspruch auf Armenversorgung, es fehle aber das Merkmal der Erwerbung der wirtschaftlichen und politischen Rechte. Redner hebt noch mehrere Bestimmungen hervor, welche, wenn sie logisch verfolgt würden, zu sehr großen Inkonvenienzen führen müßten. Es sei nämlich nach diesen Bestimmungen möglich, daß in einer Gemeinde nur Leute wohnen, welche dort gar nicht heimatberechtigt sind, während die Heimatberechtigten nicht da wohnen. Er sei mit dem Gesetze nicht einverstanden, hoffe aber nicht mit einem Antrag auf Beseitigung desselben durchzubringen. Die Zusammengehörigkeit der Gemeindeordnungen mit dem Heimatgesetze sei aber der Art zweifellos, daß er beantrage: Das hohe Haus wolle beschließen: Die Beratung und Beschlußfassung über das Gesetz, betreffend die Regelung der Heimatverhältnisse sei so lange zu vertagen, bis die von den Landtagen beratenen Gemeindeordnungen die Allerhöchste Sanktion erhalten haben werden.

**Waidele** ist nicht für Vertagung, sondern für Verbesserung desjenigen, was man als mangelhaft erkennt; er erwartet also vielmehr, daß v. Kaiserfeld bei §. 8 zu einem Amendement Anlaß nehmen werde.

**Graf Kuenburg** beantragt Vertagung, aber nicht bis zur Sanktion der Gemeindeordnungen, sondern nur auf 8 Tage, da man nicht genügende Zeit zur Vorbereitung hatte. Sollte die Vertagung nicht genehmigt werden, so würde er sich in seinem Gewissen verpflichtet fühlen, sich der Abstimmung zu enthalten.

**Mende** gegen die Vertagung.

**Ryger** beantragt, den Entwurf an den Ausschuss zur Antragstellung zurückzuweisen, daß die Armenversorgung von dem Heimatrechte ganz getrennt und jeder dieser Gesetzgebungsweige einem besonderen Gesetze zugewiesen werde.

Weder der Antrag des Grafen Kuenburg, noch der Antrag Ryger werden hinreichend unterstützt.

Minister v. Caffer ergreift das Wort, um gegen den Vertagungsantrag Kaiserfeld zu sprechen. Von Rückblicken auf die auswärtige Gesetzgebung abstrahirend, betont er vorwiegend die praktischen Rücksichten und findet, daß die geistreichen Aperçus, mit welchen v. Kaiserfeld seine Rede geziert, für die Praxis wohl von minderm Belange sind, denn, wenn es selbst möglich wäre, den Fall zu denken, daß ein Bürgermeister, aus seiner Gemeinde nach 50jähriger Wirksamkeit ausgewiesen und zur Versorgung einer anderen Gemeinde zugewiesen werden könnte, mit der er seit einem halben Säculum nicht in Verührung stand; wenn es ferner immerhin denkbar wäre, daß eine Landgemeinde existirte, deren Angehörige sämtlich außerhalb wohnten, während alle in der Gemeinde Wohnenden nicht Angehörige derselben sind: so seien dies doch Fälle, die mindestens nicht im Bereiche der Wahrscheinlichkeit liegen. Redner erwähnt des Schmerzschreies über das um sich greifende Bettelwesen, fragt aber, ob diesem Bettel abgeholfen würde, wenn man die Regelung des Armenwesens verschiebe? Wenn auch das gegenwärtige Gesetz dem Bettelwesen nicht ganz abhelfen werde (denn dazu gehören ganz andere Einrichtungen, Mittel und Kräfte), so lasse sich doch nicht läugnen, daß es demselben auch nicht Vorschub

leiste und doch in einigen Richtungen wenigstens bessere Zustände herbeiführen könne.

Die Ausführungen Kaiserfeld's basiren übrigens auf einer Vermengung dessen, was wir Heimatrecht nennen, mit der Freizügigkeit. Dieses Moment führt Redner weiter aus und übergeht dann auf eine Darstellung des Verhältnisses der Regierung zur gegenwärtigen Vorlage. Die Veranlassung lag nicht in einem für die Regierung vorhandenen dringenden Bedürfnisse, sondern in den im Abgeordnetenhaus, wie in einzelnen Landtagen wiederholt laut gewordenen Wünschen und die Regierung sei dabei nur insofern selbst interessiert, als sie wünschen müsse, für die sogenannte politische Indikatoren feste Anhaltspunkte zu gewinnen. Die Gemeindeordnung und das Heimatrecht von einander gesondert zu denken, sei nicht wohl möglich, welches von beiden aber früher zu Stande kommen solle, sei hypothetisch. Die Regierung wünsche vor Ratifikation der Gemeindeordnungen zu wissen, wie der Begriff der Heimatsangehörigkeit festgestellt werden wird. Deshalb sei sie gegen den Antrag Kaiserfeld, welcher Antrag übrigens sogar einem Antrage auf gänzliche Verwerfung des Gesetzes ähnlich sähe. Die vom Ausschusse an der Regierungsvorlage vorgenommenen Aenderungen seien nicht prinzipieller Natur und werden von der Regierung, mit deren Zustimmung sie vorgenommen wurden, als Verbesserungen anerkannt.

Nach einer kurzen Replik Kaiserfeld's und einer Schlußrede des Berichterstatters wird der Vertagungsantrag des Ersteren abgelehnt (dafür ein Theil der Linken und die Polen) und zur Spezialdebatte geschritten.

Bei §. 1 (das Heimatrecht in einer Gemeinde gewährt in derselben das Recht des ungestörten Aufenthaltes und den Anspruch auf Armenversorgung) beantragt Ryger die Weglassung der letzteren Worte, weil diese in ein besonderes Armenversorgungsgesetz gehören. Dieser Antrag, sowie slytische Amendements von Waidele und Rothkirch werden nicht unterstützt und wird der Paragraph in der Fassung des Ausschusses angenommen. Ebenso die §§. 2 und 3. Diese enthalten die Bestimmung, daß nur Staatsbürger das Heimatrecht und nur in einer Gemeinde erwerben können, und daß dieses sich auf den ganzen Umfang des Gemeindegebietes erstreckt. §. 4 spricht von dem Fall der Theilung einer Gemeinde in zwei oder mehrere Gemeindegebiete. Dann sollen die Heimatberechtigten dieser Gemeinde mit allen ihnen im Heimatrechte folgenden Personen jener Gemeinde als heimatberechtigt zugewiesen werden, welche in dem Besitze desjenigen Gebietes ist, in dem sie zur Zeit der Trennung wohnten.

**Brinz.** Er wäre der Ansicht, man möge nicht sagen „zugewiesen“, weil damit die Thätigkeit einer Behörde ausgesprochen ist, deren weiter nicht erwähnt wird, sondern „diese Personen sind von nun an in jener Gemeinde heimatberechtigt.“ (Unterstützt.)

Berichterstatter Dr. Berger spricht sich Namens des Ausschusses für den Antrag des Dr. Brinz aus.

Bei der Abstimmung wird §. 4 mit dem Amendement Brinz angenommen. §. 5 spricht von denjenigen Bedingungen, welche das Heimatrecht begründen. Berichterstatter beantragt, die Debatte über diesen Paragraph vor der Hand auszusetzen, bis über die anderen Paragraphen abgestimmt ist, weil dieser Paragraph die Konsequenz der folgenden Paragraphen ist, durch welche er begründet wird. (Angenommen.)

§. 6, 7, welche von der Heimatberechtigung der Kinder und Frauen handeln, werden ohne Debatte angenommen.

Bevor zu §. 8 geschritten wird, stellt Abg. Szabel den Antrag auf Schluß der Sitzung, weil §. 8 viel zu wichtige Bestimmungen enthalte, als daß man ihn nicht einer besonderen Erwägung unterziehe. (Wird angenommen.)

Nächste Sitzung morgen.

## Oesterreich.

**Wien.** Se. Majestät der Kaiser haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 1. Oktober d. J. für die Fortsetzung der Konservirungsbauten an der Kirche St. Cassiano in Venedig einen allergnädigsten Beitrag von 1000 fl. bewilligen geruht.

— Ihre Majestät die Kaiserin Maria Anna haben zum Bau der Pfarrkirche „S. Maria Maggiore“ in Treviso 300 fl. gespendet.

— Der Herr Finanzminister theilt dem Finanzausschusse Folgendes mit: „Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers sind den kaiserlichen Heersführern Prinzen Eugen von Savoyen und Karl Fürsten zu Schwarzenberg Monumente zu errichten und dieselben seit dem Jahre 1860 in der Ausführung begriffen. Die Geldmittel zur Bezahlung der dafür kontraktlich eingegangenen Verpflichtungen wurden bisher theils aus dem Hofzahlamte, theils aus der k. k. Familienfondskasse vorschnurweise bestritten und daher im Staatsvoranschlage nicht aufgenommen. Da diese Auslagen

jedoch nachträglich vom Staatsschatze zu refundiren sind, erscheint es nothwendig, dieselben gleich dem übrigen Staatsaufwande in den Staatsvoranschlag einzubeziehen. Indem man sich daher vorbehält, die auf das Verwaltungsjahr 1863 Bezug nehmenden, so wie die aus früherer Periode herrührenden, noch nicht definitiv zur Verrechnung gelangten derlei Kosten unter den diesfalls in einer besonderen Vorlage anzumeldenden Nachtragskrediten des Jahres 1863 aufzunehmen, werden für die Finanzperiode 1864 auf Grundlage einer von der General-Adjutantur Sr. Majestät des Kaisers vorgelegten Rechnung folgende Beträge zur nachträglichen Einbeziehung in das Staatspräliminare beantragt, und zwar für das Monument des Prinzen Eugen 120.000 fl. und für das andere 66.000 fl. Hierzu ist von der General-Adjutantur Sr. Majestät noch bemerkt worden, daß die Frage wegen Refundirung des aus dem kaiserlichen Arsenal für das Prinz-Eugen-Monument auf Allerhöchsten Befehl abgegebenen Kanonenmetalls an das Militär-Aerar noch eine offene sei, und bezüglich des Schwarzenberg-Monumentes, daß im Jahre 1864 auch die Kosten der Verpackung und des Transportes des kolossalen Gypsmodelles von Dresden nach Wien zu berichtigen kommen; ferner, daß ein Vertrag bezüglich des Gusses in Bronze noch nicht abgeschlossen ist, und daß für den 18. Oktober l. J., als den 50. Jahrestag der Schlacht bei Leipzig, eine Grundsteinlegungsfest Allerhöchst angeordnet wurde, deren Kostenaufwand nachträglich ausgewiesen werden wird.

— Die Örtzer Landwirthschafts-Gesellschaft hielt heuer zum ersten Male u. z. am 21. v. M. ihre Jahresversammlung im slavischen Marktflecken Tolmein, d. m. Sige einer Filiale. Die Verhandlungssprache war abwechselnd die italienische, deutsche und slovenische Sprache. Unter den Beschlüssen verdient hervorgehoben zu werden jener bezüglich eines am Landtag zu überreichenden Gesuchs wegen Anweisung von Geldmitteln, um zwei Jünglinge aus Tolmein und Piltich in die Schweiz zu schicken, damit sie dort die Käsebereitung erlernen. Nicht unwichtig ist ferner der Beschluß, das slovenische Blatt der Gesellschaft „der rationelle Landwirth“ vom künftigen Jahre an, wenn möglich zwei Mal im Monate erscheinen zu lassen.

— „Pozor“ schreibt: Oestern den 6. d. Mts. hatte auch der Lehrkörper der Ugramer Realschule die Ehre, sich Sr. Erzellenz dem Banus vorzustellen. Dem Vernehmen nach hat sich der Banus hinsichtlich der Realschule in demselben Sinne ausgesprochen, wie bezüglich der Rechtsakademie, mit dem Zusatz jedoch, daß an den Demonstrationen, welche der Realschule zur Last fallen, nicht bloß die Schüler, sondern auch die Lehrer Theil zu nehmen pflegen. Heute soll sich der Lehrkörper des Gymnasiums Sr. Erzellenz vorstellen.

**Sermannstadt, 8. Oktober.** (Abends.) In der heutigen Landtagssitzung erstattete Binder den Bericht in der Angelegenheit der Besetzung des Reichsrathes. Selbst die wenigen Redner, die bis nun gegen den Ausschussantrag eingeschrieben waren — Oberst, Wittstock und Schnell — sprachen dafür, daß die Besetzung vorgenommen, jedoch in der Repräsentation ein Vorbehalt der Wahrung des verfassungsmäßigen Rechtes, die Wahl im Wege der Gesetzgebung zu normiren, eingeschaltet werde, wofür auch Fogorassy sprach. Morgen Fortsetzung und wahrscheinlich Schluß der wegen vorgerückter Stunde abgebrochenen Verhandlung.

**Sermannstadt, 9. Oktober.** In der heutigen Landtagssitzung wurde die Debatte über den Ausschussbericht wegen der Besetzung des Reichsrathes fortgesetzt und geschlossen. Oberst's Antrag, daß der Landtag in dem dormaligen Vorgange der Wahl in den Reichsrath ein Hinderniß für die baldige verfassungsmäßige definitive Regelung der Art und Weise, wie in Siebenbürgen die Wahl der Abgeordneten zum Reichsrathe zu geschehen habe, nicht erkenne, wird angenommen. Mittels Zuschrift des Landtagskommisars werden die Berufungen in das Herrenhaus und zwar des Grafen Beldi, Grafen Nemes, Bischof Fogorassy, Baron Bruckenthal, v. Rosenfeld, Dr. Paul Binder, Erzbischof Sterka Suluz, Bischof Scharguma und Freiherrn Popp von Böhmstetten bekannt gegeben und durch Zurufe begrüßt. Schnell überreicht eine Petition der Kronstädter Handels- und Gewerbekammer wegen Vertretung der siebenbürgischen Industrie und des Handels im Reichsrathe. Die Verkündigung der morgigen Tagesordnung: Vornahme der Wahlen für den Reichsrath wurde mit Hochrufen aufgenommen.

## Ausland.

**Frankfurt, 8. Oktober.** Bundestagsitzung. Die vier durch Bundesbeschluß vom 1. Oktober mit der Exekution beauftragten Regierungen zeigen an, daß sie eintretenden Falles diesem Beschlusse nachkommen werden. Für den Fall, daß die Exekution Widerstand fände, erneuert Oldenburg seinen früheren Antrag,

die Stipulationen von 1851 und 1852 erloschen zu erklären.

**Berlin, 6. Oktober.** Dem im November zusammenzutretenden preussischen Landtage wird eine Vorlage über die deutsche Frage zugehen, durch welche die Regierung sowohl im Herrenhause als im Hause der Abgeordneten Kundgebungen über die deutsche Reform-Akte und über Preussens Stellung zu derselben herbeizuführen beabsichtigt. Aller Voraussicht nach wird dabei das jedenfalls in seiner Mehrheit aus Fortschrittsmännern zusammengesetzte Abgeordnetenhaus mit der Forderung einer deutschen Reichsverfassung und eines Reichsparlamentes auf breiter Grundlage auftreten. Schwerlich dürfte indes Herr v. Bismarck aus diesen Parteibestrebungen politisches Kapital für sich gewinnen; dazu sind ihm die Verhältnisse zu ungünstig. Die Fortschrittspartei arbeitet in erster Reihe auf den Sturz des gegenwärtigen Ministeriums hin und wird unzweifelhaft gerade auch die deutsche Frage als ein wesentliches Mittel zu diesem Zwecke benutzen. Von einer Unterstützung des Kabinetts kann bei der Fortschrittspartei niemals die Rede sein.

**Berlin, 10. Oktober.** Das „Journal de St. Petersburg“ vom 8. Oktober sagt: Die auswärtigen Blätter haben die Nachricht gebracht, der Senat habe beschlossen, daß die Verträge von 1815 Rußland nicht mehr binden. Der Senat ist aber nicht berufen, über politische Fragen zu erkennen, und Verträge können nur durch den Willen des Souverains geschlossen oder annullirt werden.

**Turin, 9. Oktober.** Die gestrige „Discussion“ schreibt: Die von mehreren Municipien für Polen votirten Unterstützungen veranlaßten die russische Regierung, Erklärungen zu verlangen. Die Regierung soll in ihrer Antwort auf die Freiheit der Berathungen der Provinzial- und Kommunalwahlbehörden fußend, erklärt haben, daß jene Beschlüsse nur als ein Werk der Wohlthätigkeit ohne politische Bedeutung betrachtet werden können.

— In **Paris** taucht wieder einmal die Nachricht auf, die Kaiserin Eugenie wolle jetzt bestimmt nach Rom reisen.

— Aus **Paris** wird vom 5. Oktober geschrieben: „Während fast alle Großmächte dem Kaiser im vertraulichen Wege ihre Geneigtheit bekannt geben ließen, das neu zu begründende mexikanische Kaiserreich anzuerkennen, erwartet man von Rußland, das eine solche Erklärung bis jetzt nicht abgegeben, eine entschiedene Weigerung. General Forey hat den Auftrag erhalten, seinen Platz im gesetzgebenden Körper einzunehmen, um sich an der Debatte über Mexiko, die eine sehr lebhaft zu werden verspricht, zu betheiligen. Minister Billault ist bereits völlig hergestellt.“

**London, 10. Oktober.** Die Regierung legte auf Lairds Widderische in Liverpool definitiv Beschlag. Lord Russell und Lord Palmerston sind in Newcastle angekommen. Eine Ministerberatung steht bevor.

**London, 10. Oktober.** New-Yorker Berichte melden das Gerücht, daß die englische Flotte in den japanesischen Gewässern zurückgeschlagen worden sei.

**Konstantinopel, 2. Oktober.** Ria Bey wurde zum Justizminister ernannt. Die Statuten der Barnabahn sollen bald sanktionirt und der Bau derselben sodann schleunig in Angriff genommen werden.

**Athen, 2. Oktober.** Die Ministerkrisis dauert fort. Nach dem Beschlusse der Constituante sollte die Privatkorrespondenz des Königs Otto demselben unbrochen überliefert, die diplomatische dem neuen Könige unbrochen übergeben, die innere Korrespondenz aber veröffentlicht werden. Gegen diesen Beschluß haben der dänische und englische Gesandte theilweise Einwendungen erhoben. Die Sache ist noch unentschieden. Der englische Gesandte hat gedroht, im Falle die Soldaten, die sich am Juniufstande betheiligten, nach Athen zurückkämen, mit Frankreich und Rußland Athen zu okkupiren.

**Tagesbericht.**

**Laibach, 12. Oktober.**

Gestern ist hier der Hof- und Gerichts-Advokat, Dr. Kautschitsch, ein auch in weiteren Kreisen bekannter und verdienstvoller Mann, gestorben.

— Gestern hielt der „Laibacher Turnverein“ seine konstituierende Hauptversammlung. Der Obmann des provisorischen Comité's begrüßte die Anwesenden mit einigen Worten, trug eine Skizze der bisherigen Thätigkeit des Comité's vor, erwähnte dankend aller Jener, welche dem Vereine eine besondere Thätigkeit widmeten und gedachte eines noch vor der Konstituierung mit Tode abgegangenen Mitgliedes. Das einmal zum Zeichen des Dankes, das andere mal zum Zeichen des Beileids erhob sich die Versammlung von ihrem Sitze.

Hierauf wurde das Grundgesetz des Vereins verlesen und ohne Abänderung angenommen, worauf

zur Wahl des Turnrathes geschritten wurde. Fast alle Mitglieder desselben wurden einstimmig gewählt, und zwar als Sprechwart Herr Med. Dr. Ritter v. Stöckl, als Ersatzmann Herr Ritter v. Fritsch, als Turnwart Herr Laiblin, als Ersatzmann Herr Bettelheim, als Säckelwart Herr Stedry, als Ersatzmann Herr Kamillo Baumgartner, als Schriftwart Herr Julius Yedenig, als Ersatzmann Herr Dr. jur. Schaffer, als Zeugwart Herr Ant. Samassa.

Weitere Beschlüsse der Versammlung waren: ein Gegengruß an den Turnverein „Južni Sokol“, der die Versammlung mittelst Zuschrift zu ihrer Konstituierung beglückwünschte, sowie Zusendung von Begrüßungsschreiben an die Turnvereine der Metropolen der Nachbarprovinzen, sowie an die zwei hiesigen Vereine der Sänger und Rohrschützen.

Endlich wurde der Turnrath beauftragt, seine ganze Thätigkeit der Errichtung von Turnschulen zu widmen. Als Turnerkleidung wurde angenommen: Grauer Hut, grauleinene Jacke und Beinkleider und Turnergürtel; als Vereinsfarben wurden die Farben der Stadt, weiß-grün bestimmt. Der Gürtel wird demnach als Turnerkleider diese Farben tragen.

Zugleich wurde beschlossen, daß die Turner nur, wenn sie als Körperschaft sich öffentlich zeigen, den vollen Turnanzug zu tragen berechtigt sind.

Mit einem lauten „Gut Heil“ trennte sich die Versammlung.

— Nach Mittheilung aus Steiermark ist zu Leisendorf in der Gemeinde Donawitz, Bezirk Leoben, ein neuer Ausbruch der Rinderpest vorgekommen.

In einem Gehöfte dieser Ortschaft erkrankten bei einem Viehstande von 15 Stück Rindern 4 Stück, hievon fiel 1 Stück, die übrigen 3 Stück frankten und außerdem 11 Stück verdächtigen Rinder wurden nebst 3 Stück Kleinhornvieh der Keule unterzogen. Alle nöthigen Vorkehrungsmaßregeln wurden schleunigst getroffen.

Nach den gepflogenen Erhebungen ist das Kontagium, wodurch dieser neuerliche Seuchenausbruch veranlaßt wurde, mit größter Wahrscheinlichkeit durch einen Arbeiter aus der früher verseuchten Ortschaft Donawitz nach Leisendorf verschleppt worden. Die verseucht gewesene Gemeinde Leoben wurde bereits seuchensfrei erklärt.

**Wien, 10. Oktober.**

Auf Allerhöchsten Befehl Sr. Majestät des Kaisers wurde zur Erhöhung der am 18. d. Mis. abzuhaltenden Gedächtnisfeier des bei Leipzig erfolgten Sieges, als dem 50. Jahrestage der Schlacht, angeordnet, daß an diesem Tage zugleich die feierliche Grundsteinlegung zu dem bereits in Ausführung begriffenen Denkmale des Feldmarschalls Karl Fürsten zu Schwarzenberg stattzufinden habe.

— Die Nachricht, daß das Haus Rothschild den Haupttreffer von 200.000 fl. bei der letzten Ziehung der Kreditlose gewonnen habe, ist gänzlich erfunden.

— Herzog August von Sachsen-Koburg ist auf seiner Herrschaft Gumenthal in Mähren bei einer Hirschjagd von einem angeschossenen Hirsche so arg verletzt worden, daß er mehrere Tage in Lebensgefahr geschwebt hat. Neueren Nachrichten zufolge befindet er sich jetzt wieder außer Gefahr und auf dem Wege der Besserung.

**Bermischte Nachrichten.**

Bismarck ist auf einer Reise durch Pommern auf dem Bahnhose zu Belgard zwei Mal insultirt worden. Die betreffenden Bahnbeamten, welchen die Polizei auf dem Bahnhose obliegt, sollen deshalb zur Verantwortung gezogen werden und die Vernehmung zahlreicher Zeugen, welcher der Oberstaatsanwalt aus Köslin persönlich beiwohnte, hat schon stattgefunden.

— Ein Wunder bereitet sich in Paris vor: die Anlegung eines Eisenbahnnetzes in den Straßen der Stadt selbst. Das neue Opernhaus würde davon der Mittel- und Ausgangspunkt sein. In Stockwerkhöhe würden sich die Linien durch alle Viertel von Paris verzweigen. Stationen würden errichtet werden im Palais Royal, in der Zentralthalle, beim Stadthause, an der Bastille u. s. w. An der Haltestation Auf- und Niederwinden der Waggons. Tunnel mit Doppelwegen unter der Rue des Halles u. s. w. hindurch, eine Ausmündung auf den Kai. Das Großartige der Idee steht fest, wie Sie sehen. Ob sie ausgeführt werden kann? Man denke sich zu dem Lärmen, der heute schon die Straßen von Paris erfüllt, in Stockwerkhöhe noch das Pfeifen und Stöhnen der Lokomotiven, das Knarren und Rasselnd der im Fluge dahinrollenden Räder, und dann sage man uns, ob nicht Grund vorhanden, die Ruhe der Glücklichen, welche das Wunder erleben werden, zu beneiden!

**Neueste Nachrichten und Telegramme.**

**Sermannstadt, 10. Oktober.** Zu den Reichsrath wurden gewählt: Johann Aldilean, Georg Baritin, Michael Binder, Alexander Bohaticin, Jakob Bologa, Johann Brán-Leméni, Thimotheus Cipariu, Paul Dunka, Jeremias Cranosz, Johann Fekete-Regrutiu, Eugen Freih. v. Friedenfeld, Gustav Großsz, Joseph Gull, Anton v. Lászlóffy, Dementius Moldován, Ladislaus Basil Popp, Nikolaus Popea, Johann Puskaru, Jakob Rannicher, Franz Freih. v. Reichenstein, Konrad Schmidt, Michael Schuller, Friedrich v. Schuller-Pibloy, Johann Sipotariu, Franz v. Trauschenfeld, Jos. And. Zimmermann.

**Lemberg, 10. Oktober.** Die „Gazeta Narodowa“ meldet: Am 5. d. M. fand bei Zarki ein Kampf statt, in welchem die Insurgenten gesiegt haben sollen. Gleichzeitig fand zwischen Ploik und Plonsk ein Ueberfall auf russische Artillerie und einen Geldtransport statt, wobei letzterer erbeutet wurde.

**Theater.**

\* \* Herfch's „Maria von Burgund“, ein historisches Lustspiel, welches am Samstag über unsere Bühne ging, kann sich mit der „Anna Liese“ desselben Verfassers nicht vergleichen, da es an vielen Mängeln leidet, zu ernst in seiner Anlage als Lustspiel ist zu wenig Handlung, oft ermüdender Dialog, zahllose Wiederholungen von dem Publikum schon bekannter Vorgänge hat u. s. w. u. s. w. Diese Mängel traten um so greller in den Vordergrund, als die Darstellung eine durchaus matte und ungenügende war. Außer Fr. Morron, welche nebst warmen Spiel auch hübsche Toilette zeigte und Herrn Lippert, der so ziemlich genügend die Aufgabe löste, den kühnen Erzherzog zu spielen, obwohl zu viel Liebhaber, zu wenig Held durchblickte, sowie außer einigen Szenen, in denen Herr Röber einen kleinen Aufschwung nahm, waren alle Rollen geradezu unpassend besetzt. So sprechen nicht, so gebenden sich nicht französische Gesandte, wie Herr Graube sprach und spielte; von den übrigen Darstellern wollen wir gar nicht sprechen.

Gestern wurde Nestroy's ewig grünes, liebesliches Aleeblatt „Lumpacivagabundus“ gegeben und übte seine alte Anziehungskraft, denn das Theater war trotz Circus besucht, und Dank Stelzers vortrefflicher Komik hatte es auch seine gute Wirkung. Das Publikum lachte sich wieder einmal aus.

**Markt- und Geschäftsbericht.**

**Laibach, 10. Oktober.**

Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 4 Wagen mit Getreide, 6 Wagen mit Heu und Stroh, 30 Wagen mit Holz, 3 Schiffe mit Holz, 300 Meßen Erdäpfel. Heute ist wieder besonders schönes Obst zu Markt gebracht worden, und konnte man den Markt im Allgemeinen belebt nennen. Getreide pflegt aber von nun an, bis der neue Heiden auf den Markt kommt, aus Spekulationsrücksichten wenig gebracht zu werden. Heute sind besonders viele Erdäpfel zu Markt gebracht worden, und waren dieselben sämmtlich sehr schön. Auch Schwämme werden jetzt ungemein viele zu Markt gebracht. Endlich hat man die Wahrnehmung gemacht, daß, seit der Milchmesser in Anwendung ist, schlechte Milch immer seltener wird. Nach längerer Zeit ist heute wieder eine geringe Quantität Milch von Dravlje hereingebracht, konfisirt (wegen 6 Grad Wasser) und an Arme vertheilt worden.

**(Wochenmarkt-Preise.)** Weizen pr. Meßen fl. 5.2 (Magazins-Preis fl. 5.72); Korn fl. 2.86 (Mg. Pr. fl. 3.18); Gerste fl. — (Mg. Pr. fl. 2.70); Hafer fl. — (Mg. Pr. fl. 2.28); Halbfucht fl. — (Mg. Pr. fl. 3.80); Heiden fl. — (Mg. Pr. fl. 2.57); Hirse fl. — (Mg. Pr. fl. 2.72); Aukurug fl. — (Mg. Pr. fl. 3.45); Erdäpfel fl. 1.35 (Mg. Pr. fl. —); Linsen fl. 4.20 (Mg. Pr. fl. —); Erbsen fl. 4.50 (Mg. Pr. fl. —); Fisolten fl. 4.50 (Mg. Pr. fl. —); Rindschmalz pr. Pfund kr. 50, Schweineschmalz kr. 40; Speck, frisch kr. 29, detto geträuchert kr. 40; Butter kr. 47; Eier pr. Stück kr. 2; Milch (ordinär) pr. Maß kr. 10; Rindfleisch pr. Pfund kr. 18—22, Kalbfleisch kr. 23, Schweinefleisch kr. 22, Schöpfenfleisch kr. 13; Hähnchen pr. Stück kr. 25, Tauben kr. 14; Hen pr. Ztr. fl. 1.20 bis fl. 1.50, Stroh kr. —; Holz, hertes 30", pr. Klafter fl. 8, detto weiches fl. 6; Wein (Mg. Pr.) rother, pr. Eimer von fl. 10—14., detto weißer von fl. 12—16, im allgemeinen Verkauf.

**Theater.**

Heute, Montag, und morgen, Dienstag: Wegen nachtheiliger Einwirkung des Circus auf die Theatervorstellungen, bleibt das Theater geschlossen.

**Börsenbericht.** Wien 10. Oktober (Dr. Stg. Abbl. Mittags 1 1/2 Uhr.) Bei mäßigen Umsätzen und geringen Schwankungen im Ganzen die Haltung mehr flau als fest. Staatspapiere durchschnittlich um einen kleinen Bruchtheil billiger, nur in 1860er Loos beträgt der Preisabschlag gegen gestern ein halbes Prozent. Grundentlastungspapiere der billigeren Sorten gefragt und besser bezahlt. Auch die meisten Industrie-Effekten behauptet, nur Kredit-Aktien mehr ausgesetzt. Fremde Wechsel genügend offerirt. Die Kurse unverändert. Geld flüssig. — Im Leihgeschäfte fehlen wieder die Papiere.

Öffentliche Schuld.		Geld		Ware		Geld		Ware	
<b>A. des Staates (für 100 fl.)</b>									
In österr. Währung	zu 5%	72.19	72.20	Ob- u. Don. u. Salz. zu 5%	85.00	85.50	Galiz. Carl-Ludw.-Bahn z. 200 fl.	197.75	198.00
5% Anl. v. 1861 mit Rückz.		96.25	96.50	Böhmen	5	90.25	Öst. u. mit Einzahlung.	430.00	432.00
detto ohne Abschritt 1862		95.25	95.50	Steiermark	5	87.50	Öst. u. Don. Dampf-Ges.	242.00	244.00
National-Anlehen mit Zinsen-Coupons	5%	82.10	82.20	Kärnt., Krain u. Küst.	5	—	Österr. Lloyd in Triest	396.00	398.00
National-Anlehen mit April-Coupons	5	82.00	82.10	Währen u. Schlesien	5	88.50	Wiener Dampf- u. Akt.-Ges.	398.00	399.00
Metalloques	5	75.50	75.90	Ungarn	5	76.00	Böhm. Westbahn zu 200 fl.	158.50	159.00
detto mit Mai-Coup.	5	75.90	76.00	Tem. Ban., Kro. u. Slav.	5	74.50	Eisbahn-Aktien 200 fl. G. W.	147.00	—
detto	4 1/2	65.00	68.25	Galizien	5	74.00	m. 40 fl. (70%) Einzahlung.	—	—
mit Verlosung v. Jahre	1839	158.75	159.00	Siebenb. u. Bufow.	5	73.75	<b>Pfandbriefe (für 100 fl.)</b>		
"	1854	93.75	94.25	Venetianisches Anl. 1859	5	91.50	Nationalbank auf 10% delto	102.00	102.50
"	1860 zu 500 fl.	95.50	98.10	<b>Aktien (pr. Stück.)</b>			verlosbare	89.75	90.25
zu 100 fl.	98.20	98.30	Nationalbank	794.00	796.00	G. W. anj. d. B. verlosb. 5	85.75	85.85	
Como-Rentensch. zu 42 L. austr.	17.40	17.75	Kredit-Anstalt zu 200 fl. d. W.	187.70	187.80	<b>Loose (per Stück.)</b>			
<b>B. der Kronländer (für 100 fl.)</b>									
Grundentlastungs-Obligationen.									
Nieder-Österreich	zu 5%	86.75	87.00	N. d. Gecom.-Ges. z. 500 fl. d. W.	640.00	642.00	Kred.-Anstalt für Handel u. Gew. zu 100 fl. d. W.	136.00	136.20
N. d. Nordb. z. 1000 fl. G. W.									
Staats-Ges. z. 200 fl. G. W.									
oder 500 fl.									
Kais. Elis.-Bahn zu 200 fl. G. W.									
Süd.-nordb. Verb.-B. 200 "									
Süd. Staats- lomb.-ven. n. centr. ital. Ges. 200 fl. d. W. 500 fr.									
mit Einzahlung.									

**Effekten und Wechsel-Kurse an der k. k. öffentlichen Börse in Wien. Den 10. Oktober 1863.**

Effekten.	Wechsel.
5% Metalloques	76.90
5% Nat.-Anl.	82.05
Bankaktien	794
Kreditaktien	187.60
Silber	111.50
London	111.45
R. f. Dukaten	5.34
1860er Lose	98.05

**Lottoziehung vom 10. Oktober.**  
 Triest: **62 56 52 4 15.**

**Abgang der Mallepost von Laibach:**  
 nach Villach; durch Obertraun, Oberkranten, bis Villach, dann Brizen, Salzburg, Tirol, Schweiz, Italien, Westdeutschland — täglich um 4 Uhr Nachmittags.  
 „ Klagenfurt über Krainburg, Neumarkt zc. — täglich früh 3 1/2 Uhr.  
 „ Neustadt, Seisenberg, Rassenfuß, Mötting und Tschernembl — täglich Abends 6 Uhr.  
 „ Cilli, Carriolpost, über Podpetich, St. Oswald, Franz, St. Peter — täglich früh 5 Uhr.  
 „ Gottschee, Botenpost, über Großschitz, Reinsitz zc. — täglich früh 5 Uhr.  
 „ Stein, Botenpost, über Mannsburg zc. — täglich Nachmittags 3 Uhr.  
**Ankunft der Mallepost in Laibach:**  
 von Villach; von allen Postämtern bis Villach, bis Brizen, Salzburg, Tirol, Schweiz, Italien, Westdeutschland, Obertraun, Oberkranten, — täglich früh 7 1/2 — 8 Uhr.  
 „ Klagenfurt, Neumarkt, Krainburg zc. — täglich Abends 9 Uhr 30 Min.  
 von Neustadt, Seisenberg, Rassenfuß, Mötting und Tschernembl — täglich früh 6 Uhr.  
 „ Cilli (Carriolpost), Podpetich, St. Oswald, Franz, St. Peter zc. — täglich Nachm. halb 3 Uhr.  
 „ Gottschee, Botenpost, Großschitz, Reinsitz zc. — täglich Nachm. 3 — 4 Uhr.  
 „ Stein (Botenpost), Mannsburg — täglich früh 7 Uhr.  
 Anmerkung. Die Briefpost ist von 8 Uhr früh bis 7 Uhr Abends offen. Zwischen 7 und 8 früh werden die Zeitungen rückwärts ausgegeben. — Die Fahrpost ist von 8 bis 12 Uhr Vormittags und von 2 bis 6 Uhr Abends geöffnet. Bei der Mallepost nach Villach werden unbeschränkt, bei jener nach Klagenfurt 11 u. nach Neustadt 7 Reisende aufgenommen.  
 Freigelegte 30 Pf. 100 fl. werth. — Neklamen jeder Art wollen mündlich oder schriftlich bei der Amtsvorstellung angebracht werden. Bei Verpätungen der Posten und der Züge erfolgt die Ausgabe nur so viel später.

**Fremden-Anzeige.**  
 Den 9. Oktober 1863.  
 Hr. Hamborg, Kaufmann, von Halle. — Hr. Luzzatti, Kaufmann, von Steiermark. — Hr. Dornig, Weltpriester, von Beltes. — Hr. Studly, von Zobelberg. — Hr. Leyber, von Pettau. — Hr. Niemirowski, Privat, von Ploch. — Hr. Schappel, Privat, von Wien.

**3. 473. a Danksagung.**  
 Der hierortige Handelsmann Herr Edmund Terpin hat der gefertigten k. k. Gymnasialdirektion eine bedeutende Anzahl von Scheibrequisiten zur Vertheilung an unbemittelte Gymnasialschüler übergeben wofür dem genannten Herren hiemit im Namen der theilnehmenden Schüler der verbindlichste Dank ausgesprochen wird.  
 K. k. Gymnasialdirektion. Laibach am 10. Oktober 1863.

**3. 2050. Amerikanischer Circus**  
 unter der Direktion des **F. Belling** in dem neu erbauten und gedeckten, mit Gas beleuchteten Circus.  
**Nur 3 Mal,**  
 mit jedesmaliger neuer Arbeit in der Dressur, wird sich der trefflich dressirte Stier **DON JUAN** produciren.  
 Heute Montag den 12. Oktober 1863  
**außerordentliche Vorstellung,**  
 außer 12 interessanten Nummern, in der höheren Reitskunst, Gymnastik und Pierdebrevier.  
 Vorführung des weltberühmten dressirten amerikanischen Stieres **DON JUAN.**  
**Friedrich Belling, Direktor.**

**3. 2028. (1) Die Herren Mitgewerken der Gewerkschaft Knapouše**  
 werden hiermit zu dem am **23. November l. J. um 3 Uhr Nachmittags** im hiesigen Rathhaus-Saale laut Beschluss des letzten Gewerkschaftstages vom **10. Juni d. J.** abzuhaltenden Gewerkschaftstage eingeladen.  
 Laibach am 5. Oktober 1863.  
**A. Dreo,**  
 Direktions-Vorstand's Stellvertreter.

**3. 1968. (3) Annonce.**  
 Wegen eingetretener Familienverhältnisse, sehe ich mich veranlaßt, das Einkehr-Wirthsgewerbe im Orte St. Georgen bei Krainburg aufzugeben. Indem ich für den bisherigen reichlichen Zuspruch herzlich danke, bringe ich unter Einem zur weitem Kenntniß, daß ich den Weingroßhandel sowohl, als den Kleinvertrieb über die Straße fernerhin noch zu betreiben gesonnen bin, und zu diesen beiden Betrieben meine höflichste Einladung mache.  
**Matthias Gollub,**  
 gewesener Gastwirth zu St. Georgen.

**3. 2003. (3) Wohnungs-Veränderung.**  
**Med. & Chir. Dr. Ad. Eisl** wohnt vom **6. d. M.** an Polana Nr. 68. (Ordinationsstunde von **8 — 9 Uhr Morgens.**)

**3. 1711. (7) Unentbehrlich für Schweinezüchter!!**  
**Mr. Tetley's**

**Heilpulver für Schweine.**  
 Das beste durch mehr als tausendfältige Erfahrungen erprobte Heilmittel in den meisten Krankheiten des Vorstenviehes, und das zuverlässigste Präservativ gegen **Seuchen.**  
 Preis eines Paquetes à 12 Loth Wiener Gewicht 36 fr. öst. Währ.  
 Dann:  
**Mr. Tetley's Nähr- und Mastpulver für Schweine,**  
 um bei Schweinen die größtmögliche Quantität und vorzüglichste Qualität an **Fleisch und Fett** zu erzielen.  
 Preis eines Paquetes à 1 Pfund Wiener Gewicht 40 fr. öst. Währ.  
**Zentralversendungs-Depot einzig und allein:**  
 bei Apotheker **Dom. Rizzoli in Neustadt in Krain.**  
**Depots außerdem:**  
 in Laibach: bei Herrn **Ed. Prücker, Gustav Stedry, Karl Achtschin, Rudolf Naglic, J. Schettinz.**  
 in St. Barthelma: bei Herrn **Val. Oblack, J. Globeunik, Friedrich Bömches, J. Praunseiss, Frau Pibernik.**

**3. 1989. (1) Edikt.**  
 Im Nachhange zum dießgerichtlichen Edikte vom 13. Juni l. J., Z. 3045, wird hiemit bekannt gegeben, daß am **6. November l. J.** zur III. und letzten Teilteilung der dem Anton Kastelz von Zirkniz gehörigen Realität Ref. Nr. 408, ad Grundbuch Haasberg, in der Exekutionsführung des Michael Witz von Selsach geschritten wird.  
 K. k. Bezirksamt Planina, als Gericht, den 3. Oktober 1863.

**3. 2007. (3) Ankündigung.**  
**Die landwirthschaftliche Ausstellung auf der Schießstätte wurde Donnerstag den 8. d. M. eröffnet. Die Ausstellungslokalitäten sind täglich von früh 8 Uhr bis Nachmittags 4 Uhr für Jedermann gegen ein Entree von 10 Kreuzer offen.**  
**Vom Centrale der k. k. Landwirthschaft-Gesellschaft.**  
 Laibach den 5. Oktober 1863.

**3. 2021. (2) Gefangs-Curs**  
 Der ergebenst Unterzeichnete beehrt sich, anzuzeigen, daß er vom 16. Oktober an einen **Gefangs-Curs** von wöchentlich 3 Stunden, u. zw. von 8—9 Uhr Abends, gegen monatliches Honorar von 1 fl. eröffnet. Zugleich hat er noch einige Klavierstunden zu vergeben.  
**Karl Frühling,**  
 Polana Nr. 30.